

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preis 1.00 monatlich 6.00 halbjährlich 10.00 jährlich

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verleger Dr. 93

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Postamtstraße Nr. 20/22, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 2.50, halbjährlich 5.00, jährlich 10.00. — Postzeitungsliste Nr. 4082, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg. für Veramalgam-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtsige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere noch vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 85.

Mittwoch, den 11. April 1906.

13. Jahrg.

Heute eine Beilage.

Der 1. Mai

... nicht immer rüber. In vielen Orten werden von der Partei und den Gewerkschaften eifrig Vorbereitungen getroffen, um auch in diesem Jahre den Feiertag des Proletariats in würdiger Weise zu begehen. Da und dort sind auch schon die geplanten Veranstaltungen, Umzüge usw. verbolten worden, was sicherlich dazu beiträgt, daß in jenen Orten das Maifest erst recht imposant wird. Mehr denn je hat sich der Maifeiergebäude Kopf und Herz der Arbeiter erhoben, auch die Kritiker und Kleingläubigen in den eigenen Reihen verstummen immer mehr. Das Proletariat hat heute allen Anlaß, an seinen Idealen festzuhalten und sich nicht kleinmütig zu zeigen.

Erfahrungsgemäß bricht sich der Maifestgedanke besonders in den Gewerkschaften immer mehr Bahn. Die brutalen Ausperrungen, die jetzt wieder allorts beginnen, festigen in den Gewerkschaftsmitgliedern die Überzeugung, daß die Arbeitsruhe am ersten Mai die beste und treffendste Antwort auf die Gewalttate der Unternehmer ist. An keinem Tage kann das Solidaritätsgedühl der Arbeiter so zum Ausdruck kommen, an keinem Tage kann der Protest gegen die ganze heutige Gesellschaftsordnung so laut und ausdrücklich erhoben werden, als am 1. Mai.

Und niemals hatte das Proletariat mehr Anlaß, gegen die gesamten heutigen Zustände zu protestieren, als in diesem Jahre. Durch die neuen Handelsverträge ist die Lebenshaltung des Arbeiters so gefährdet, daß er kaum mehr imstande ist, seine Familie zu ernähren, die Unsicherheit seiner Existenz nimmt in erschreckendem Maße zu. Statt den deutschen Arbeitern auf ihren millionenfach erhobenen Wunsch mehr politische Rechte zu geben, plant man neue Attentate auf die ohnehin dürftigen Freiheiten. So wird das Proletariat gezwungen zum Protest. Daß dieser ein möglichst einheitlicher, geschlossener und wirkungsvoller werde, dazu werden auch die Lübecker Arbeiter beitragen.

Genossen! Agitiert überall für eine würdige Feier des ersten Mai und das ist die Arbeiterruhe.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Ein kompromittiertes aber wohlverdientes Lob stellt im „Tag“ der Generalmajor Klein den Parteien der ehemaligen kaiserlichen Opposition aus, indem er wie folgt schreibt:

... Auch sonst hat der Reichstag gewissermaßen Fortschritte gemacht, was die Beurteilung von Witzfragen angeht, indem er früherer Oppositionsparteien bei der Beratung der Flottennotelle auf jede eigene Meinung verzichteten. Sie hielten sich hierbei, dem Beispiel ihrer Presse folgend, auf der Standpunkt, daß es durchaus unangebracht sei, wenn Daten und selbst unabhängige Sachverständige anderer Ansicht wären wie die verantwortlichen Kreise. Diese Sinneswende ist um so bemerkenswerter, als bei früheren Gelegenheiten Zentrum und Freisinn selbst in rein militärischen Fragen öfters durchwegs anderer Ansicht waren wie die Regierung und daraufhin scharfe Opposition bis zum äußersten machten. Und man konnte dann hören, daß es schließlich auf die Formel vom „beschränkten Untertanenverstand“ hinausläufe, wenn der Reichstag auf jedes eigene Urteil in militärischen Fragen verzichten würde.

Wie gesagt: Dies höhnische Lob eines preussischen Generals hat die heute „auf jedes eigene Urteil in militärischen Fragen verzichtende“ Opposition von anno dazumal verdient!

„Gunde seid ihr ja doch!“ Am 22. Januar des vorigen Jahres haben die Soldaten des Buren in den Straßen Petersburgs auf das wehrlose Volk geschossen. Ein deutscher Staatsbürger, der Werkführer Stein, hatte sich zu gleicher Zeit auf die Straße begeben, um eine Gebirgsbüchse zu holen, da seine Frau in den Wehen lag. Eine verirrte Kugel traf ihn und tödete ihn. Die Witwe blieb mit ihrem Kinde, dem sich zur Stunde, da der Vater sich in seinem Blute wälzte, ein zweites zugesellte, völlig hilflos und mittellos zurück. Aber war sie nicht die Angehörige eines mächtigen Reiches? Und war ihr Mann nicht wider Recht und Gesetz von den Soldaten einer fremden Macht ermordet worden? Die Witwe wandte sich also

an die deutschen Behörden und forderte durch deren Vermittlung eine Entschädigung. Die russische Regierung fand sich aber nach langen Verhandlungen nur dazu bereit, die — Seeräubungskosten im Betrage von 83 Rubel und 76 Kopeken zu erstatten und die Witwe auf den Gnadenweg zu verweisen. Dieser unwürdige und schmachvolle Weg wurde denn auch wirklich beschritten, und der Bar sagte — gepörscht wie immer — der deutschen Frau, der er den Mann ermordet hatte, eine russische „Gnadenprobe“ zu. Bezahlt wurde aber von dieser „Gnadenprobe“ noch keine Kopfe, und so kommt es, daß die unglückliche Frau vorläufig nicht von russischen, sondern von lärglichen deutschen Almosen lebt. — Der Bar ermordet schließlich deutsche Bürger, nimmt deutschen Familien ihren Ernährer, läßt sich von der Witwe des Opfers arbeiten, um ihr jährlich nichts zu gewähren. So laugt man die „Interessen“ der Deutschen im Ausland, so wohnt man die deutsche Ehre. Und schließlich nimmt man es auch mit einem ehrerbietigen Lächeln hin, wenn man in Rußland nur mehr von den „deutschen Sünden“ spricht!

Die bürgerlichen Sozialreformer sind von dem Erfolg ihrer Tätigkeit nicht befriedigt. Rechtsanwalt Dr. Fuld-Rainz beklagt in einem Artikel der „Arbeiter-Versorgung“ lebhaft den Rückgang des Interesses an der Sozialreform. Er führt u. a. aus: „Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß die Zahl der Personen, welche den sozialpolitischen Reformen wirkliches und tatkräftiges Interesse entgegenbringen, aberaus gering ist. Wer will es bestreiten, daß die Erwartungen, welche man bei der Begründung der Gesellschaft für soziale Reform hegte, ganz und gar nicht in Erfüllung gegangen sind? Wer will es leugnen, daß die Gesellschaft eine Armee von Offizieren verliert, welcher die Soldaten fehlen, und es wäre in dieser Hinsicht noch schlimmer, wenn nicht die christlichen Gewerkschaften an der Gesellschaft festhielten? Ist es uns gelungen, die Gebildeten in großer Anzahl zum Anschluß zu bestimmen, ist es uns gelungen, den Indifferentismus, den Unverstand und das Uebelwollen in sozialpolitischen Fragen wirksam zu bekämpfen? Voller nein. Wie viele Angehörige der gelehrten Berufe, wie viele Richter, Staats- und Rechtsanwälte, wie viele Verwaltungs- und Kommunalbeamte gehören der Gesellschaft an? Wie groß ist die Zahl ihrer Mitglieder unter den Industriellen und Kaufleuten, unter den Landwirten und Grundbesitzern? Es ist schon besser, daß man die betreffenden Berufe nicht nennt, der Eindruck, den sie hervorrufen müssen, wäre ein mehr als betrübender. Daß es der Gesellschaft nicht gelungen ist, in sozialdemokratischen Kreisen Fuß zu fassen, soll nur erwähnt werden. Der Misserfolg ist also zweifellos vorhanden, trotz aller Bemühungen, welche die hochgestellten und vom edelsten Streben beseelten Väter der Gesellschaft unentwegt und unermüdet entfaltet haben. Wenn nun aber die Gesellschaft für soziale Reform trotz ihres ungleich weiter sich erstreckenden Programms nicht imstande war, die Kreise, die vermögliche Bildung und Verstand vor allem die Verpflichtung haben, an der stetigen Verbesserung unserer sozialen Verhältnisse mitzuwirken, an sich zu fesseln, und für die Mitarbeit zu gewinnen, ist es da nicht so gut wie ausgeschlossen, daß eine Gesellschaft für Arbeiterversicherung zu irgendwie nennenswerter Bedeutung oder irgendwie erheblichem Einfluß gelangen könnte? Gewiß, es werden in einer großen Anzahl von Blättern sich Sozialpolitiker finden, die sich einer derartigen Vereinsbildung anschließen, aber ihre Zahl wird sehr gering sein, und das Beispiel der Offiziere ohne Truppen wird sich wiederholen.“ Daß die Gesellschaft für soziale Reform in sozialdemokratischen Kreisen nicht festen Fuß fassen würde, das hätte sie, wenn ihre Leiter und Mitglieder nur einigen Einblick in das Wesen der Sozialdemokratie hatten, sich von vornherein selbst sagen können, dann hätte man nicht hinterher enttäuschten Hoffnungen nachklagen brauchen. Die Klassenbewußten Arbeiter stellen sich nicht unter die Führung von Leuten, die, wenn sie auch keine Arbeiterfeinde sind, doch beanspruchen, die Führer und Leiter der Arbeiter zu spielen und die Grenze vorzuschreiben, bis zu welcher die Forderungen der Arbeiter „berechtigt“ sein sollen. Mit solchem Anspruch war ja ein gewisser Gegenstand von vornherein gegeben. Sozialdemokraten, die in der Arbeiterbewegung eine Klassenbewegung sehen, können nicht einer Gesellschaft sich anschließen, die gerade in der Vertiefung der Klassengegenstände ihre Existenzberechtigung sieht. Daß aber in bürgerlichen Kreisen so wenig Interesse für die Sozialreform sich kundgibt und ein Rückgang dieses Interesses sich zeigt, bestätigt nur unsere Auffassung von dem Wesen dieses Interesses. Der Trieb ist nicht die Sozialreform selbst, das Streben nach Besserung des Loses der Arbeiter gewesen, sondern die Hoffnung, durch die Sozialreform der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Nun sich diese Hoffnung immer mehr als verfehlt erweist, erwacht das Interesse an der Sozialreform.

Preussens Schulverminderungsprojekte. Der Protest gegen den Sündigen Schulunterhaltungsgehalt-

wurf hat, nachdem sich auch ein Teil der deutschen Professoren gegen das Projekt ausgesprochen hat, die Nationalliberalen schwanken gemacht. Obgleich das Schwanken ihnen zur zweiten Natur geworden ist, nach ihren Liebesmühen um das Kompromiß doch bemerkenswert! Sie haben den rechten Appell zum Mitmachen verloren, und haben verschiedene Haare in der Suppe, die sie selbst mit eingebracht haben. Vor allen Dingen ist es jetzt die Rektorenfrage, die ihnen Anlaß zu Bedenken gibt. Nach dem Stubischen Entwurfe würden zahlreiche Gemeinden (mit fast 39 000 Schülern) jedes Recht bei der Bestellung von Rektoren einbüßen und bedingungslos dem Ermessen der ministeriellen Zentralinstanz ausgeliefert werden. Es wäre die denkbar schlechteste Empfehlung für die Herren von der Partei Dreifache, namentlich für die Wähler, wenn sie zu solcher Entrechtung ihre Zustimmung geben würden. Von freisonferbarer Seite werden Versuche gemacht, die nationalliberalen Gewissensbeuten zu zerreißen. Das Zentrum dient jenen Versuchen nationalliberaler Standhaftigkeit dabei als Schiedsmittel. Wenn die Nationalliberalen eigenständig sein wollten, obgleich eigenständige Nationalliberalen fast Museumsstücken sind! — Würde das Zentrum Oberwasser gewinnen. Trophäen sind die Nationalliberalen, bis jetzt wenigstens, handhaft geblieben. Weniger des Prinzips wegen, als mit Rücksicht auf ihre Wählererschaft. Es ist aber wahrscheinlich, daß sie sich zum Handeln bereit finden lassen, wenn die preussische Regierung Ernst damit macht, sich allein auf die sichere Merkel-konservative Mehrheit zu stützen, um das Schulunterhaltungsgehalt unter Dach und Fach zu bringen.

Rußland.

Verhaftung eines Spießes. In Warschau wurde der Student Tatarow geblüet. Folgende Einzelheiten werden der „Post. Sig.“ gemeldet: Tatarow war der Sohn eines Popen der orthodoxen Kirche in der Miodowa-Straße. Er studierte anfangs in Warschau und begab sich, als die Universität geschlossen wurde, nach Kiew, woher er vor etwa drei Wochen zurückkehrte. Er soll in Kiew der sozialistischen Partei beigetreten sein, die Mitglieder verraten haben und eben deshalb von dort abgereist sein. Heute (4. April) gegen Mittag erschien in der Wohnung des Popen ein junger Mann in Studentenuniform und wünschte den jungen Tatarow zu sprechen. Als dieser in Gesellschaft seiner Mutter erschien, zog der Angewommene einen Revolver und zielte auf ihn. Die Mutter warf sich dem Fremden entgegen und erhielt einen Schuß in die Brust. Der Fremde steckte nun schnell den Revolver ein, stürzte sich mit einem Dolch auf Tatarow und versetzte ihm drei Stöße, wovon einer das Herz traf und tödlich war. Dann entfernte er sich unbehindert. Der Bruder des Getöteten ist Gehilfe des Polizeikommissars des 1. Bezirks.

Den Genetern entwischt. Aus dem Departement-Gefängnis in Petersburg sind Sonntag nacht sechs und aus dem Gefängnis in Perm sind sieben politische Gefangene entwichen. In Perm ist eine Schilb-wache verschwunden. — Hoffentlich gelingt es den Freiheitskämpfern, das Ausland zu erreichen.

Dänemark.

Stürmische Schlußsitzung im Folkething. Der dänische Reichstag ist am Freitag geschlossen worden, nachdem eine stürmische Sitzung der zweiten Kammer, des Folkething, vorangegangen war. Nachdem eine Anzahl nebensächlicher Dinge erledigt war, erhielt der radikale Christensen das Wort zu einer Anfrage wegen der kommunalen Wahlreform. Er fragte den Minister des Innern, was er getan habe, um die so dringende Reform des kommunalen Wahlrechts zu fördern. Redner gebrauchte dabei so scharfe Ausdrücke gegen die Regierung, daß er sich eine Rüge des Präsidenden zuzog. Der Minister antwortete nur mit vollständig nichtsagenden und verlegenen Ausreden. Als Redner waren nun noch eingetragen der Regierungliberale Nielsen und der Sozialdemokrat Bongbjerg, außerdem hielt man es für selbstverständlich, daß auch der radikale Christensen nochmals das Wort zu einer Antwort auf die Rede des Ministers erhalten werde. Die Radikalen hatten schon eine Tagesordnung bereit und wünschten darüber Abstimmung durch Namensaufruf. Da geschah etwas Unerwartetes! Unter Beiseiteziehung aller Regeln der Geschäftsordnung und ohne sich um die stürmischen Proteste der Radikalen und Sozialdemokraten zu kümmern, brach der Vorsitzende Thorsen plötzlich die Sitzung ab. Eine halbe Stunde später fand eine neue Sitzung statt, in der Sachen von unwesentlicher Bedeutung erledigt wurden. Nach dieser Sitzung fand die Schlußsitzung statt. Der radikale Balle erbat sich außerhalb der Tagesordnung das Wort, das ihm vom Präsidenden verweigert wurde. Darauf rief er, ohne sich um die Glöde des Präsidenden zu kümmern, den Vorsitz der Opposition gegen das unparlamentarische Auftreten des Präsidenden in den Saal, wofür er einen Ordnungsruf erhielt. Der Redner überreichte nun dem Präsidenden einen schriftlichen Protest, der von den 16 Sozialdemokraten und den 14 Radikalen unterschrieben war und in dem es heißt, daß das Vorgehen des Präsi-

denen einen Angriff gegen die parlamentarische Redefreiheit enthält, die Rechtsstellung des Folletings bedroht und die Forderung der Wähler, daß ihre Vertrauensleute im Thing Gelegenheit haben, sich auszusprechen, befehle sei. Nach Belegung dieses Protesses durch den Präsidenten und dessen Versuch, sein Vorgehen zu rechtfertigen, wurde das Folleting unter den üblichen Formalitäten geschlossen. Die ganze Sache war ein abgekartetes Spiel zwischen der Folletingsmehrsheit und der Regierung. Das Folleting sollte mit einer Wahrede des Regierungsvertreters schließen, den Vertretern der Opposition jedoch sollte die Gelegenheit zu einer Antwort gegeben werden. Die Krangeweise dieses hinterlistigen Streiches haben nur nicht bedacht, daß die Opposition für die bevorstehenden Folletingswahlen ein wirkungsvolles Agitationsmittel geliefert haben. — In der ersten Kammer, dem Landsting, ging es ruhiger zu. Dort wurde eine kurze Uebersicht über das Resultat der Session gegeben und dann ging diese Geldverkehrsverteilung, die es verschuldet hat, daß die kommunale Wahlreform, die Wahlkreisreform für die Folletingswahlen, und das Ministerverantwortlichkeitsgesetz nicht erledigt wurden, aneinander.

Verammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 9. April 1906.

Der Vorsitzende Dr. G. B. S. eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr mit einem warmen Nachruf für den verstorbenen Senator Wolpmann.

Nach verschiedenen Mitteilungen des Vorsitzenden und des Senats wird in der Beratung der neuen Steuervorlagen beim Nachtrag zum Jagdgesetz fortgefahren.

Lauenstein ist gegen die vorgeschlagene Erhöhung der Jahres-Jagdarten auf 15 Mk. Die Jagd ist für den Landmann kein Luxus, sondern sie gehört zum Beruf, da das Wild doch abgeschossen werden muß, soll der Wildschaden nicht allzu groß sein. Ich beantrage, die Gebühr für Jahres-Jagdarten auf 10 Mk. festzusetzen.

Senator Kulenkamp hält den Preis der Jagdarten mit 15 Mk. für durchaus nicht zu hoch, da er den Standpunkt einnehme, daß die Jagd doch ein Luxus sei.

Präsident Harnsdorf ist gegen eine so große Erhöhung der Gebühr für die Jagdarten, besonders in Rücksicht auf das Ueberhandnehmen der Kaninchenplage.

Senator Kulenkamp: Gegen die Kaninchenplage stehen den Besitzern alle möglichen Mittel zur Verfügung, dazu bedarf er keiner Jagdarten.

Steffen-Schlutup hält die Jagdartengebühr für Randjagdarten für angemessen, jedoch für die Jagd auf dem Wasser für zu hoch, da viele kleine Leute durch die Wasserjagd sich einen Verdienst erwerben. Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Senator Kulenkamp kann den von Steffen geäußerten Bedenken eine gewisse Berechtigung nicht absprechen; der Senat wird dem Rechnung zu tragen versuchen.

Nachdem noch eine ganze Reihe von Rednern teils für, teils gegen die Senatsvorlage gesprochen haben, wird dieselbe angenommen.

Die Anträge Steffen werden ebenfalls angenommen.

Nunmehr kommt die Gewerbesteuer für die Betriebe der Gast- und Schankwirtschaften, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus zur Beratung.

Windel sucht zunächst einige Ausführungen der Senatoren Kulenkamp und Dr. Schön richtig zu stellen und erklärt, daß die Wirte nicht auf Kosten gebettet sind. Redner wendet sich dann gegen eine Eingabe der Guttempler, welche die Unversorenheit bestigen, zu verlangen, daß in das Budget eine Summe eingestellt wird zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs; die Guttempler sind die Maulwürfe, die von unten gegen das Wirsgewerbe wählen. Windel beantragt darauf die Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Schorer hält es für ungerecht, daß ein einzelner Stand zur besonderen Besteuerung herausgegriffen wird. Ebenso könnte man vielleicht auch eine besondere Steuer für Rechtsanwälte vorschlagen. Gerechter wäre es, eine Gewerbesteuer zu beschließen, durch die alle Gewerbetreibenden getroffen werden. Ich muß die Kommission bebauern, die solche Steuervorschläge, wie sie uns vorliegen, gemacht hat.

Senator Dr. Schön betont, daß diese Vorlagen nur den Rest der Steuervorschläge bedeuten.

Borgwardt wendet sich gegen die Vorlage und bittet, den Antrag Windels anzunehmen.

Olafau tritt ebenfalls für Kommissionsberatung ein.

Wissell wendet sich gegen die Äußerung Windels bezüglich der Antialkoholisten und weist es zurück, daß die Abstinente Maulwurfsarbeit am Wirsgewerbe verrichten. Trotzdem werden wir natürlich gegen die Senatsvorlage stimmen, da wir die Besteuerung eines einzelnen Gewerbes, wie sie hier geplant ist, für eine ungerechte halten.

Legimeier-Moiskling befürwortet als früherer Wirt die Senatsvorlage, die durchaus gerecht sei. Hauptächlich sei eine Besteuerung der Kleinverkäufe von Branntwein usw. notwendig. Durch die Bedürfnisfrage haben die Wirte ein Privileg und deshalb können sie auch mehr zur Steuer herangezogen werden.

Senator Kulenkamp hält die Besteuerung der Gastwirtschaften mit Rücksicht auf die bestehende Bedürfnisfrage, durch welche die Konkurrenz bedeutend verringert wird, für gerechtfertigt. Das Wirsgewerbe steht doch wohl nicht so ungünstig, wie Herr Windel es schildert, denn sonst würden sich die Anträge auf Konzeffionierung von Wirtschaften nicht so häufen, wie das tatsächlich der Fall ist. Ich möchte ebenfalls mein Bedauern über den Angriff des Herrn Windel auf die Abstinenzbewegung, die zweifellos einen berechtigten Kern in sich schließt, zum Ausdruck bringen. Die Gewerbesteuer ist nicht zu hoch, wie es vielleicht den Anschein hat. Die hauptsächlichsten Bedenken der Behörden richten sich gegen das Ueberhandnehmen des Kleinhandels mit Branntwein und Spirituosen.

L. H. Schwarz bittet, die Vorlage glatt abzulehnen, da die Besteuerung eines einzelnen Gewerbes ungerechtfertigt sei. In Preußen besteht die Gewerbesteuer, jedoch gilt sie für alle Gewerbebetriebe mit Ausnahme derjenigen, die ein Anlagekapital von weniger als 3000 Mk. erfordern. In Hamburg und Rostock besteht eine derartige Gewerbesteuer überhaupt nicht. Ueber dem Wirtehand schwört stets das Damoclesschwert der Polizeistrafen wegen aller möglichen Uebertretungen. Notwendig wäre es übrigens gewesen, daß der Senat zur Begründung der Vorlage mehr Material beigebracht hätte. Es bestehen schon verschiedene Hemmnisse für die Wirtschaften, die fallen müssen, wenn sich Lübeck zur Großstadt im wahren Sinne

des Wortes entwickeln soll. Redner wendet sich sodann gegen die Erhöhung des Gehälrentarifs des Polizeiamts, die er als unglücklich bezeichnet, zumal die Erhöhung der Gebühr für die Konzeffionierung der Gastwirtschaften, die sogar das zehnfache betragen soll. Es scheint so, als ob man jetzt in Lübeck der großstädtischen Entwicklung vorarbeiten will, die dahin führt, daß die Wirtschaften von Aktiengesellschaften betrieben werden, wie es beispielsweise in Berlin vielfach der Fall ist. Ich habe gesehen, daß auch das Karstbische Geschäftshaus in der Gärtstraße in eine derartige Wirtschaft verwandelt werden soll.

Senator Kulenkamp: Auch in Preußen besteht eine Sonderbesteuerung der Gastwirtschaften; Herr Schwarz irrt also in diesem Punkt. Weiter werden auch in Preußen alle kleinen Wirtschaften zum Steuern herangezogen. Die Festsetzung der Steuer soll nicht nach einer bestimmten Norm erfolgen, sondern die einzusetzende Kommission, in der sich auch zwei Wirte befinden werden, hat in jedem einzelnen Fall zu entscheiden. Für die Versteigerung der Grundstücke, in die eine Wirtschaft gelegt wurde, führt Redner eine ganze Reihe von Beispielen an; auch bei den Kleinverkaufsstellen ist der Wertzuwachs sehr groß.

Windel wendet sich gegen Wissell bezüglich der Abstinenzfrage. Das Wort: Jeder kann nach seiner Façon selig werden, soll er nicht nur für sich, sondern auch für andere gelten lassen. Herr Legimeier würde wohl anders gesprochen haben, wenn er noch Wirt und nicht Gemeindevorsteher wäre. Ich bitte noch einmal, meinen Antrag anzunehmen.

Nach verschiedenen weiteren Bemerkungen wird die Vorlage an eine Kommission verwiesen. In dieselbe werden gewählt: Windel, Borgwardt, L. H. Schwarz, Schorer, v. Broden, Legimeier-Moiskling und Dr. Benda. Darauf wird zur Beratung der Erhöhung des Gehälrentarifs für das Polizeiamt geschritten.

Wissell tritt einer Erhöhung der Steuer für das stehende Gewerbe sowie des Wandergewerbes entgegen; durch dieselbe werden hauptsächlich kleine Gewerbebetriebe getroffen. Redner ersucht um Ablehnung der Vorlage und wünscht, daß die Gebühr für den Gewerbebetrieb im Umherziehen nicht höher als auf 5 Mk. festgesetzt werde.

Schorer ist gegen die kleinen Handelstische gegen einzelne Gewerbe und für Kommissionsberatung.

Darauf wird die Vorlage an die bereits gewählte Kommission verwiesen.

Die vom Senat vorgeschlagene Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen wird angenommen.

Debattelos zur Annahme gelangt der Senatsantrag betr. Nachbewilligung auf die Ausgaben für die Betriebsverwaltung des Seebades Travemünde im Rechnungsjahre 1905.

Der nächste Senatsantrag betrifft Bewilligung einer persönlichen pensionsfähigen Gehaltszulage an den Katasterdirektor Diestel. Der Senat beantwagt: daß dem Direktor des Katasteramtes, Diestel, vom 1. April 1905 ab eine persönliche, pensionsberechtigte Gehaltszulage von 1500 Mk. jährlich bewilligt und diese für das Rechnungsjahr 1905 auf Abschnitt XIII der Ausgabenliste des laufenden Staatsbudgets angewiesen werde. Ferner hat der Bürgerausschuß beschlossen, an den Senat das Ersuchen zu richten, dafür zu sorgen, daß außerordentliche Vergütungen an festangestellte Beamte, soweit es sich um Beträge von mehr als 300 Mk. in einem Rechnungsjahre handelt, in den Abrechnungen der einzelnen Behörden gesondert aufgeführt werden. Ferner hat der Bürgerausschuß den Senat ersucht, er wolle der Bürgerschaft eine Gesetzesvorlage über eine Revision des § 24 des Beamtengesetzes vom 29. April 1899 im Sinne einer Mitwirkung der Bürgerschaft bei der Genehmigung amtlicher Nebengeschäfte entgegenbringen.

Dr. Ziehl fragt an, woher die verschiedenen Behörden die Mittel nehmen, die sie an verschiedene Beamte usw. als Gratifikation veräußert, und wo dieselben gebucht werden. Wenn vielleicht dazu Ersparnisse verwandt werden, die einzelne Behörden bei der Ausführung von Arbeiten gemacht haben, so muß doch vorher dazu die Genehmigung von Senat und Bürgerschaft eingeholt werden.

Senator Dr. Schön hätte gewünscht, daß Dr. Ziehl ihn vorher davon unterrichtet hätte, daß er eine diesbezügliche Anfrage stellen wolle. Im Augenblick könne er nicht sagen, aus welchen Mitteln die Gratifikationen gezahlt werden. Das Bauleitungshonorar beim Bau der neuen Gasanstalt sei jedenfalls aus den Baugeldern genommen worden; anderes vielleicht aus dem Kapitel „Allgemeines.“

Hempel: Die Bürgerschaft hat bisher den Standpunkt vertreten, daß derartige persönliche Gehaltszulagen zu verwerfen sind. Es wird zur Begründung der Senatsvorlage gesagt, daß der in Betracht kommende Beamte über das gewöhnliche Maß hinaus beschäftigt worden ist. Ist das wirklich der Fall, so ruiniert man dadurch die Gesundheit dieses Mannes und hat ihn früher, als das sonst der Fall sein würde, als Staatspensionär zu erhalten. Es würde auch ein Übel sein, wollte man einem Beamten für außerordentliche Funktionen eine pensionsfähige Zulage gewähren. Nun möchte ich die Frage aufwerfen, ob nicht auch andere Beamte über das gewöhnliche Maß hinaus beschäftigt werden und deshalb eigentlich ebenfalls eine persönliche Gehaltszulage verlangen könnten. Ich möchte Sie bitten, die Senatsvorlage abzulehnen, da im Falle der Annahme derselben große Mißstimmungen in die Kreise der Beamten getragen wird.

Senator Dr. Schön befürwortet warm die Senatsvorlage.

Dr. Ziehl hält es für unzumutbar, daß einzelne Behörden über größere Summen verfügen und damit Gratifikationen an verschiedene Beamte verabsolgen. Weiter möchte ich die Frage stellen, ob der Senat nicht bei der Verteilung der Gratifikationen um seine Zustimmung ersucht worden ist, sonst würde auch ein Verstoß gegen das Beamtengesetz vorliegen.

Senator Dr. Schön: Ich weiß allerdings, aus welchen Mitteln die Gratifikationen genommen sind, doch kann ich im Augenblick nicht angeben, wo sie gebucht sind. Daß in allen Fällen die Zustimmung des Senates zu der Gewährung von Gratifikationen eingeholt worden ist, glaube ich nicht.

Senator Dr. B. vermehren hebt die Verdienste des Direktors Diestel hervor und tritt den Ausführungen Hempels entgegen.

Heinsohn beantragt, das Ersuchen an den Senat zu richten, die Höhe der Summen anzugeben, die beim Bau des Elbe-Extravekanals als Extravergrütungen an Beamte gezahlt worden sind. Im übrigen bittet Redner um Ablehnung des Senatsantrages; einer Extravergrütung an Direktor Diestel aus besonderen Gründen stehe ich nicht entgegen.

Senator Dr. Schön: Die Gratifikationen für am Bau des Elbe-Extravekanals beschäftigte Beamte sind im Einvernehmen von Senat und Bürgerschaft beschlossen worden. In der Abrechnung über den Bau des Elbe-Extravekanals wird näheres darüber angegeben sein.

Buchwaldt: Katasterdirektor Diestel ist ein besonders tüchtiger Beamter, der die beantragte Gehaltszulage mit Recht verdient, zumal er hier in dem Kleinstaat Lübeck niemals eine höhere Stellung erhalten kann.

Brecht erklärt sich in längeren Ausführungen gegen den Antrag Heinsohn und für die Senatsvorlage.

Schorer versichert, daß die Kanalbaubehörde äußerst vorsichtig mit den Geldern gewirtschaftet habe und bittet den Antrag Heinsohn abzulehnen, der ein Mißtrauensvotum gegen die Kanalbaubehörde in sich schließt. Ich bin zwar ein Gegner der persönlichen Gehaltszulagen, aber es gibt Ausnahmefälle und ein solcher liegt hier vor. Ich bitte Sie, die Senatsvorlage anzunehmen.

Hempel: Mit dem aber, daß so gern für Ausnahmefälle gebrauch wird, sucht man meistens seine Vorliebe für seine Freunde zu verdecken. Mit der Annahme dieser Vorlage fordern wir das Streben um unter den Beamten. Ich möchte an den Senat die Frage richten, ob dann, wenn Herr Diestel die pensionsfähige Zulage erhält, an ihn auch noch Gratifikationen von anderen Behörden gezahlt werden.

Senator Dr. Schön: Selbstverständlich nicht. Heinsohn verwahrt sich dagegen, ein Mißtrauen gegen die Kanalbaubehörde zum Ausdruck gebracht zu haben.

Dr. Ziehl vertritt nochmals seinen Standpunkt und bittet um Annahme der Senatsvorlage.

Dobberstein betont, daß Diestel im Nebenamt von der Baubehörde 500 Mk. bezieht.

Senator Dr. Schön bezeichnet die Angabe Dobbersteins als irrig.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird die Senatsvorlage angenommen.

Schluß der Verammlung 10 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 10. April 1906.

Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Fackenburgs sind in den Ausstand getreten. Zugang ist streng fernzuhalten!

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zugang von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zugang von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Kutscher! Nachstehende Betriebe haben die Forderungen der Kutscher nicht bewilligt: W. Schmidt, Hafenstraße 20b, E. Ewers, Nachwehr-Allee 10, W. Quisau, Nittbrock, Ecke der Arminstraße. Ueber diese Betriebe ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgellärter Kutscher darf in denselben Arbeit annehmen.

Ein Streik ist gestern morgen auf dem Emailierwerk von Carl Ziehl u. Söhne ausgebrochen. Wegen Lohn Differenzen sind die in der Emaille beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik eingetreten. Im Betracht kommen etwa 120 Personen. Öffentlich wird bald eine Einigung erzielt.

Zur Lohnbewegung der baugewerblichen Arbeiter von Fackenburg und Umgegend wird uns geschrieben: In Fackenburg ist es am gestrigen Montag zur Arbeits-einstellung im Baugewerbe gekommen. Bereits vor zwei Jahren hatten alle drei Korporationen eine Forderung auf Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung eingereicht. Die Unternehmer lehnten damals rundweg jegliches Entgegenkommen ab. Der Arbeitgeberverband für das östliche Holstein drohte sogar eine Aussperrung sämtlicher organisierten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter des ganzen Bezirks an, sobald es am 1. April in Fackenburg zum Streik käme. Wegen der ungünstigen Konjunktur war es damals nicht möglich, die Forderung durchzuführen. Im Jahre 1905 war es wegen des Lübecker Streikes nicht möglich, auf einen Erfolg zu hoffen. Nachdem nun die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre eine ziemlich günstige wurde, beschloßen alle drei Gewerkschaften, ihre alte Forderungen wieder geltend zu machen und die Unternehmer zu ersuchen, bis zum Sonnabend, den 6. April, ihre Zustimmung zu erteilen, resp. in Unterhandlung mit der Lohnkommission zu treten. Die Unternehmer erklärten in ihrer Zuschrift, daß sie Mitglieder der Schwartauer Innung seien und nicht so ohne weiteres bewilligen könnten. In einer gemeinsamen Versammlung, welche am Sonntag stat fand, beschloßen dann alle drei Gewerkschaften in geheimer Abstimmung einstimmig die Arbeitszeitverkürzung. Geordert wird für Maurer und Zimmerer 55 Pfg. Stundenlohn und 9/10stündige Arbeitszeit (zeit 50 Pfg. und 10 Stunden). Die Bauarbeiter fordern eine Lohnhöhung von 42 auf 48 Pfg. pro Stunde und die 9/10stündige Arbeitszeit. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Malermeister planen anscheinend eine allgemeine Aussperrung. Montag Abend wurde im Patriottischen Gebäude in Hamburg eine Versammlung sämtlicher Arbeitgeber des Malergewerbes, Mitglieder der Maler- und Lackierer-Innungen zu Hamburg, Altona, Wandsbek, Lübeck und Bremen abgehalten und beschlossen: Die heutige, von mehr als 400 Inhabern von Malereigefächten zu Hamburg, Altona, Wandsbek, Lübeck und Bremen besuchte Versammlung des Bundes Norddeutscher Maler- und Lackierermeister spricht dem laxeilverbündeten Verbände der Malereigefächte von Berlin und den Vororten ihre volle Anerkennung über das unerwartet weite Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Malergehilfen aus und bezeugt die prowozierende Haltung der Berliner Gehilfenschaft. Die Versammlung erklärt zugleich angesichts der Bewegungen in Lübeck und Bremen und in Rücksicht darauf, daß ein wirklicher Grund zum Ausbruch des Streiks in Berlin nicht vorgelegen habe, ist die Versammlung der festen Ueberzeugung, daß es sich in den genannten Städten lediglich um eine Machtprobe zum Zweck der Sprengung unserer Bundes und des Berlin-Hamburger Meister-tariffs durch die über ganz Deutschland verbündete, in Hamburg zentralisierte Gehilfenschaft handelt. Zur Abwehr dieser Gefahr beschloß die Versammlung ferner: 1. wenn der am 2. April d. Js. in Berlin und den Vororten ausgebrochene Streik der Malergehilfen nicht bis spätestens Donnerstag, den 12. April, von der Streikleitung aufgehoben und die Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen haben, sollen am Sonnabend, den 14. April alle in den Malereibetrieben des Bundes-

gebietes von Hamburg, Altona und Wandsbeck beschäftigten Gehilfen entlassen werden; 2. die Wiederentstellung der Entlassenen, sowie die Neueinstellung von Gehilfen überhaupt darf nicht früher als an dem Tage, an dem der Streit in Berlin als beendet erklärt wird, stattfinden. 3. Ausgenommen von dieser Maßregel sind: a) diejenigen Gehilfen, Zeichner, Techniker usw., die in einem festen Vertragsverhältnis aufrecht der zünftigen Grundlage stehen; b) diejenigen Gehilfen, die eine noch näher zu bestimmende schriftliche Erklärung an den Bundesvorstand abgegeben, die erkennen läßt, daß sie keinerlei Beziehungen zu der Vereinigung der Maler- u. Gehilfen Deutschlands haben. 4. Der vom Bundesvorstand am 2. April außer Kraft gesetzte Tarif soll erst mit dem Tage wieder in Kraft gesetzt werden, an dem der Verband der Maler- u. Gehilfen von Berlin und den Vororten auf der Grundlage jener beiden Angebote einen neuen Tarif in Kraft setzen kann. 5. Gegen Arbeitgeber, die sich diesen Maßnahmen widersetzen, soll mit allen irgend zu Gebote stehenden gesetzlich erlaubten Mitteln vorgegangen werden. — Die Meister sind wieder einmal ernst bestritten worden, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, denn sonst könnten sie nicht ohne den Schimmer eines Beweises die lächerliche Behauptung aufstellen, daß die Gehilfenorganisation den „Bund“ sprengen will. Das direkte Gegenteil ist der Fall; die Meister wollen die Gehilfenorganisation vernichten. Das geht auch klar aus dem Passus der Resolution hervor, in dem verlangt wird, daß die Gehilfen eine schriftliche Erklärung abgeben sollen, nach der sie keine Beziehungen zur Gehilfenorganisation haben. Die Gehilfenorganisation wird sich jedoch durch solche Machinationen nicht betören lassen und stets auf dem Boden sein.

Schwarze Listen verordnet der Arbeitgeberverband der Holzindustrie Lübeck. In dem Anschreiben heißt es: Der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie, Möbelfabrik, Tischlereien und sonstigen Holzbearbeitungsbetriebe in Lübeck, im Verein mit der Tischler-Zinnung selbst zeigt an, daß bei ihren Mitgliedern infolge Differenzen betriffs Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes die nachstehend aufgeführten a) gelernten Arbeiter (Tischler, Drechsler, Stellmacher, Zimmerer), b) ungelernen Arbeiter in den Streit getreten sind. Wir bitten um Unterstützung in diesem uns aufgebrachten Kampfe. — Folgt die umfangreiche Liste der streikenden Arbeiter aller Branchen.

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen für das Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck finden statt: In Lübeck, auf dem grünen Plage neben der alten Kaserne. Mittwoch, den 11. April 1906, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Garde (Jahrgänge 1893 bis 1906) einschließlich der zur Disposition der Befehlshaber entlassenen. Mittwoch, den 11. April 1906, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Ersatzreservisten der Jahrgänge 1893 und 1894.

Die Hungerkünstlerin **Claire de Serval** hat am Sonnabend mit der Ausübung ihrer im wahren Sinne des Wortes „brotslosen“ Kunst begonnen. Die Dame wog bei ihrer Einschließung in dem Glaskasten 114 Pfund. In dem Behälter, welcher Hl. Serval für 14 Tage als Aufenthaltort dienen soll, befindet sich auch ein Sklavener, auf

welchem die Hungerkünstlerin spielen wird. Die Wach- und Schließgesellschaft wird ständig durch ihre Angestellten die Dame bewachen lassen. Zweifellos wird das Konjert-haus Jänshausen, in welchem Hl. Serval ihre Fastenzeit verbringt, das Ziel zahlreicher Besucher sein.

Im Schweiße verbrannt. Gestern Nacht ist er brannte ein Schulknabe auf dem Falkenplatz Feuerwerkskörper ab, von denen er ein für einen anderen Teil auf den Strohhut eines Schwanenbogens und legte diesen in Brand. Bevor das Mädchen wachte, in welcher Gefahr es schwebte, war für Garz von den Flammen ergriffen und ihr Gesicht schwer verletzt.

Hamburg. Unter der Anklage der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander stand gestern der Redakteur der Zeitung „Der Arbeiter“, Organ des Verbandes der Galvanarbeiter und verwandter Berufsgruppen Deutschlands, Genoss. Carl Görtz vor dem Landgericht Hamburg. In den Nummern vom 5. und 19. August 1905 des „Galvanarbeiter“ befanden sich Artikel mit der Überschrift „Menschenopfer“ und „Ungezieferplage“, durch deren Inhalt zu Gewalttätigkeiten gegen die besagten Klassen aufgefordert sein soll. Der erste Artikel beschäftigte sich mit den Unfällen in den Betrieben im Rheinland, der zweite mit der Fleischsteuerung. Am Schlusse des Artikels „Menschenopfer“ heißt es: „Räche uns, indem Du dieser kapitalistischen Weltordnung den Krieg erklärst bis aufs Messer, indem Du diesen Kampf zu Deiner Lebensaufgabe machst. Die Scharen der verhassten Proletarier machen auf und ziehen durch die deutschen Lande dahin und rufen auf zum Kampfe alle Feigen, Unentschiedenen, alle Lässigen, und Jaghaften, schreiben durch alle deutschen Gänge die Hämmerlichkeit und Barbarei unserer Zustände“ usw. Auch der zweite Artikel „Ungezieferplage“ spielt in ähnlichen Ausdrücken. Der Angeklagte bestritt, daß er durch seine Artikel zu Gewalttätigkeiten habe anreizen wollen oder daß seine Leser, die organisierten Arbeiter, aus dem Inhalt der Artikel hätten entnehmen können, daß sie zu Gewalttätigkeiten schreiten sollten. In dem ersten Artikel „Menschenopfer“ habe er auf die vielen Unfälle im Rheinland hingewiesen und für bessere Unfallverhütungsvorschriften eintreten wollen. Der zweite Artikel habe sich auf die durch die Agrarier hervorgerufene Fleischsteuerung bezogen. Wenn in den Artikeln zum Kampfe aufgefordert werde, so soll es heißen „mit erlaubten geistigen Waffen“. Auch der Ausdruck „Krieg bis aufs Messer“ sei nur bildlich gemeint. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Der Verteidiger Dr. Herz-Altona machte geltend, daß die Ausdrucksweise des Angeklagten nur bildlich gemeint sei nach der politischen Anschauungsweise des Angeklagten. Aus den Artikeln des Angeklagten könne man nicht entnehmen, daß er zu Straftatbeständen auffordern wollte. Der Verteidiger beantragt, den Angeklagten freizusprechen eventuell Sachverständige zu vernehmen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis.

Riel. Der Zustand der Rielier Tapezierer hat am Sonnabend sein Ende gefunden. Den Gehilfen ist es gelungen, mit ihren Arbeitgebern einen Vergleich zu erzielen. Es wurde ein bis zum 1. April 1908 laufender Vertrag abgeschlossen. Der bisherige Stundenlohn von 48 Pf. ist auf 54 Pf. erhöht worden, ferner haben die Akkordarbeiter eine Erhöhung der Preise um durchweg

15 Proz. erreicht. Die bisherige Arbeitszeit von neun Stunden täglich bleibt bestehen. Auf die Vertäusung um eine Stunde an den Sonnabenden wurde von den Gehilfen verzichtet. Am Sonnabendmittag befanden sich bereits sämtliche Gehilfen bis auf zwei schon wieder in Beschäftigung. Ein Kind durch die Straßenbahn getötet. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Sonntagvormittag gegen 10 Uhr am Knooperweg ereignet. Beim Spielen vor dem elterlichen Laden wurde der zwölfjährige Sohn des Zigarrenhändlers Erich, von einem vom Exerzierplatz kommenden Wagen der Ringlinie erfaßt. Dem unter die Schutzvorrichtung geratenen Kind wurde die Schädeldecke eingedrückt, so daß es auf der halsbereite Passanten hochgehoben werden, um die kleine Leiche hervorzuheben. Blut und Gehirnmasse bedeckte die Schienen.

Cuxhaven. Infolge des Hamburger Seemannsstreiks mußten die Dampfer „Andros“ und „Albydos“ Hamburg ohne Besatzung verlassen. „Andros“ erhielt hier von Geestemünde sieben Mann; die für die „Albydos“ hier erwartete Mannschaft ist ausgeblieben, der Dampfer muß deshalb hier liegen bleiben.

Zegeberg. Verunglückt. In Armstedt verunglückte Fuhrer Wischmann. Er hatte nachmittags mit zwei hintereinander gefoppelten Wagen Schweine nach Großstedt gefahren und war abends 8 Uhr von da wieder abgefahren; der eine Wagen war mit Getreide beladen. Das Gespann traf ohne Führer in Armstedt ein; letzteren fand man bald darauf mit gebrochenem Schädel auf der Chaussee liegen; die Räder waren ihm über den Kopf gegangen.

Friedland. Großfeuer wütete Donnerstag nachmittag in Ferdinandshof, Station der Medlerburg-Bommerschen Schmalspurbahn. Das Feuer ging gegen 2 Uhr nachmittags auf und legte im ganzen 7 Gebäude, 2 von kleineren Leuten bewohnte Häuser, 2 Stallgebäude des Ortspastors, 1 Stallgebäude des Hgl. Remontedepots, sowie eine Scheune in Asche. Die Entstehungursache ist unbekannt. In großer Gefahr standen die Herde der erwähnten Remontedepots. Zahlreiche Familien sind obdachlos.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heute das 27. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes hebe ich hervor: Militärische Erziehung — Zu Manbevillers Ehit und Rantz „Sofia“ — Von H. Joffe. — Die revolutionären Parteien in Rußland während der Jahre 1898 bis 1903 — Von Dr. J. G. (Fortsetzung). — Zum Kampf um die preussische Volksschule. Von Friedrich Schütz. — Organisationen für die Arbeit der Arbeiterklasse. Von Alex. Koffler. — Die Abnahme der Altersrenten. Von Friedrich Kersch (Bremen). — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolonialwaren zum Preise von 3 25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das Abzugs H ft kostet 25 Pfg. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Montag vormittag entschlief sanft nach längerem Leiden unsere liebe Mutter, Groß- und Urgroßmutter

Anna Aven, geb. Runge, im 83. Lebensjahre tief betrauert von den Ihrigen. Dieses zeigt im Namen der Hinterbliebenen an

Wilhelm Schaper und Frau, geb. Aven, Adlerstraße 48 a.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 12. April, nachm. 2 Uhr, von der St. Lorenz-Kapelle aus statt

Zur Konfirmation allen meinen werten Kindern die herzlichsten Glückwünsche.

H. Jargstorf und Frau, Warendorffstraße 36.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter **Alma** danken herzlich

G. Pries und Frau nebst Tochter

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes **Willy** danken herzlich **J. Growe u Frau**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Paul** danken herzlich **Stofeldsdorf, F. Evers und Frau.**

Für die vielseitigen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes **Heinrich** sagen herzlich Dank **W. Albrecht und Frau nebst Sohn.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes **Heinrich** danken herzlich **Ernst Behn und Frau nebst Sohn**

Für die vielen Gratulationen und Aufmerksamkeit bei der Konfirmation unseres Sohnes **Paul** sagen herzlich Dank **Krempelsdorf, A. Kasch und Frau.**

Herzlichen Dank für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Käthe.**

G. Gamm und Frau

Für die vielen Gratulationen und Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes **Theodor** sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Wilhelm Kasten und Frau

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes **Friedrich** sagen herzlich Dank

Fr. Wagner und Frau nebst Sohn

Für die Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes **Ernst** danken herzlich

W. Scharnweber und Frau

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Meta** danken herzlich

R. Heede und Frau nebst Tochter

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes sagen besten Dank **F. Albrecht und Frau.**

Für die vielen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter **Martha** danken herzlich

Gustav Wulff und Frau

Für die Gratulationen und Geschenke unseres Sohnes **Hans** danken herzlich **Heinrich Fick und Frau nebst Sohn**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes **Wilhelm** sagen herzlich Dank **W. Bollow und Frau nebst Sohn, Ludwigstraße 57.**

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation ihres Sohnes **Max** danken besten

F. Spiegel und Frau

Für die Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unserer Tochter **Erna** danken besten

C. Neugebauer und Frau

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes **Erich** danken herzlich **C. Harnack und Frau nebst Sohn.**

Für die vielen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes **Otto** danken herzlich **W. Schliching und Frau nebst Sohn.**

Besten Dank für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Karoline.**

H. Lege und Frau.

Besten Dank für die vielen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter **Erna.**

J. Ehmcke und Frau.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Willy** herzlichsten Dank.

Johs Warncke und Frau

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes **Wilhelm.**

E. Offen und Frau.

Für die Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **August** danken herzlich

E. Klaas und Frau.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter **Karoline** danken herzlich

H. Maab und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter **Emma** danken herzlich **J. Möller und Frau nebst Tochter.**

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes **Emil** sagen allen Verwandten und Bekannten herzlich Dank **Fritz Schmidt und Frau.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich **Hermann Früb und Frau.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu der Konfirmation unserer Tochter **Elisabeth** danken herzlich

b. Oldenburg u Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Wilhelm** sagen unsern besten Dank

G. Bothe und Frau.

Für die zahlreichen Glückwünsche anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes **Johannes** sagen hiermit ihren besten Dank **Joh. Hildebrandt und Frau geb Scheel**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes sagen allen Freunden und Bekannten herzlich Dank **H. Wakendorf und Frau.**

Für die Aufmerksamkeit und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **August** sagen besten Dank **Kasper, Moisling.**

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter **Amanda** sagen herzlichsten Dank **J. Scharnweber und Frau nebst Tochter.**

Herzlichen Dank für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Eliriede.**

Frau Seifert verm. Bries.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Martha** danken herzlich

G. Friede und Frau nebst Tochter

Für die Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes danken **E. Illi und Frau und Sohn.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Martha** sagen herzlichsten Dank

H. Rohweder und Frau geb Ved

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich **J. Schult und Frau Krempelsdorf.**

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation meiner Tochter **Emma** sage ich hiermit meinen innigsten Dank.

G. Begier und Frau

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter sagen unsern herzlichsten Dank **P. Meyburg u Frau nebst Tochter**

Für die Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes **Heinrich** sagen herzlichsten Dank **H. Adam und Frau.**

Für die uns dargebrachten Glückwünsche zur Konfirmation sagen hierdurch den besten Dank **Schwartau-Kaltenhof, Oster 1906.**

Wilhelm Nehlsen und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke für unsere Tochter **Meta** danken herzlich **H. Tietze und Frau nebst Tochter Meta.**

Für die Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes **Julius** danken bestens **C. Sandgaard und Frau nebst Sohn.**

Für die Gratulationen und Geschenke anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes **Wilhelm** danken herzlich

Helmuth Niendorf und Frau geb Egre.

Für die Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unserer Tochter danken bestens **H. Dethloff und Frau nebst Tochter.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Anna** danken herzlich **August Mann und Frau nebst Tochter.**

Für die vielen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter **Frida** danken herzlich **W. Brede und Frau.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Willi** sagen herzlichsten Dank **W. Gründert und Frau nebst Sohn.**

Eine kleine Wohnung zu verm. Nr. 140

St. Annenstraße, Alter Posthof 7, Ecke rechts.

Gesucht ein Tagesmädchen Wiltbergstraße 22.

Gesucht zum 1. Mai ein Bursche beim Milchwagen **Wlandorffstraße 10, 1. Et.**

Eine Frau sucht eine Stelle als Haushälterin oder zu häuslichen Arbeiten **Schmiedestraße 6, II.**

Gesucht ein Schnwmacher Besohlantst B. Bernhard, Hüttenbamm 10.

Zu verkaufen ein kl. Haus und ein Landenschlag. Zu erfragen **Sedanstraße 16 a**

Eine gut erhaltene Birne billig zu verkaufen **Arminstraße 44.**

Zu verkaufen 6 Pege-Hühner Johannstraße 46.

Eine hölzerne Zimmerlinde billig zu verkaufen **An der Mauer 68, I.**

Zwei Zugänger zu verkaufen **W. Behrens, Stedelsdorf.**

Anfertigung nach Maß sowie sämtliche Reparaturen und Aufhängen **Schneiderbedarfartikel. R. Schröder, Schneider, Wilmstraße 51.**

offen Sauerbrot vollständig einverstanden. Sie drückt
offen sozialdemokratischen Landtagsfraktion ihr Versehen
über ihr Verhalten bei der Abstimmung über die Kameral-
rente des Fürsten. Sie erklärt die Anwendung
der Obstruktion als ein durchaus zulässiges
Mittel, wenn es gilt, einen vollen und zukunftsbedingenden
Antrag oder ein Gesetz zu Falle zu bringen. Im Falle der
Abstimmung über die Kameralrente war es Pflicht der so-
zialdemokratischen Fraktion, diese Waffe zu benutzen. Die
Landtagsfraktion wird jedenfalls die Gründe für ihr Ver-
halten darlegen müssen. Bürgerliche Blätter hatten sofort
nach den Landtagswahlen geschrieben, daß die Annahme der
Vorlage keineswegs gesichert sei, da jedenfalls die sozial-
demokratischen Abgeordneten durch Obstruktion die Annahme
unmöglich machen würden. Und gegenüber dem Auftreten
der Regierung schien das wahrscheinlich. Bekanntlich lag
dem vorigen Landtag der Etat nicht vor, so daß selbst zwei
bürgerliche Abgeordnete gegen die Erhöhung der Kameral-
rente stimmten mit der Motivierung, der Etat sei ihnen un-
bekannt und die Regierung solle erst zeigen, woher die Mittel
genommen werden sollen. Die Regierung hat aber wider-
den Etat vorgelegt, noch eine Quelle angegeben, wo die er-
höhten Renten herzunehmen sind. Sie hat geradezu die
Vorlegung des Etats von der Annahme der Kameralrente
abhängig gemacht. Drei Tage vor der entscheidenden Lan-
dtagssitzung erschien im Barleiorgan ein Artikel, in dem die
Möglichkeit der Obstruktion als ein von bürgerlichen Blättern
den Wählern auszubehender „Mär“ bezeichnet und erklärt
wurde, daß die Waffe der Obstruktion nur angewendet wer-
den würde, wenn die Regierung eine Aenderung der Staats-
verfassung plane. Mit dieser Erklärung sind natürlich die
sozialdemokratischen Wähler nicht befriedigt, und, wie schon
die Wittenberger Versammlung zeigt, wird die Fraktion
ihren Standpunkt zu verteidigen suchen müssen.

Aus Nah und Fern.

Bergarbeiterleben in der Mark. Nach 15 tägiger
Verhandlung verurteilte die Kottbuser Strafkammer am
1. April den Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes,
Rag Gärtner, wegen angeblicher Beleidigung der Poli-
zeiverwaltung in Senftenberg, des Bergrevierbeamten
Bergrat Netto-Saarbrücken und des Grubeninspektors
Müller von der Stadtgrube Senftenberg zu
einem Monat, den Bergarbeiter Tsch. Senftenberg zu
einer Beleidigung der Polizeiverwaltung zu sechs Wochen
Gefängnis. Der Prozeß hat so ungeheuerliche Miß-
stände im Betriebe des Senftenberger Braunkohlenbergwerkes
entdeckt, daß trotz aller Voreingenommenheit des Vor-
sitzenden, der vor der Verhandlung erklärte: „dem Ange-
klagten wird es nicht gelingen, das Altes-
material zu entkräften“, das Gericht in elf von
den fünfzehn zur Anklage gestellten Fällen freisprechen mußte.
Wir geben nach dem „Vorwärts“ aus den fünfzehntägigen
Verhandlungen einige Ergebnisse hervor. Selbst den berg-
polizeilichen Sicherheitsvorschriften widersprechen folgende
Mängel: 1. es fehlte eine Treppe über die Halbe, so daß
ein lebensgefährlicher Gang durch den Förderhollen benutzt
werden mußte; 2. unter den abhängenden Splittern der
Ruppe desgleichen; 3. in einem Bruch, wo die Zimmerung
bereits entfernt war, wurde gearbeitet, wiewohl selbst das
Betreten solchen Mannes bergpolizeilich verboten ist; 4. in
einem Räume wurde gearbeitet, dessen Luft so schlecht war,
daß die Lampen verlöschten. In folgenden Fällen ferner
kann es zweifelhaft sein, ob die Mängel an Sicherheitsvor-
kehrungen gleichzeitig Verletzungen bergpolizeilicher Sicher-
heitsvorschriften in sich schloß: ein Kohlenstöß und eine
Tonwand stürzten ein; schon als Risse sich bemerkbar mach-
ten, hatten Arbeiter auf die Gefahr eines Einsturzes auf-
merksam gemacht. Sicherheitsvorkehrungen unterblieben
dennoch. Eine Kesselschurze stürzte infolge mangelnder Lüf-
tung ein. Die Fördermaschine wurde vor dem Signal „Los“
in Bewegung gesetzt, Signallichtungen funktionierten nicht
usw. Welche Leichtfertigkeit und Rücksichtslosigkeit ge-
gen das Leben der Bergarbeiter! Wie weit von einem Schutz
des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter die An-
schauung der herrschenden Klasse entfernt ist, das illustriert
klar das wiederholte, auch bei Verhören gegen bergpolizei-
liche Vorschriften vom Vorsitzenden des Gerichts abgegebene
recht irrige Gutachten: Es ist doch nichts passiert,
also war das doch nicht gefährlich oder: Es ist
doch niemand verletzt, alles kann doch nicht
für die Ewigkeit halten. Es mag hier unerörtert

bleiben, ob erwiesene Unfälle auf die erwähnten oder andere
Verletzungen der menschlichen und gesetzlich vorgeschriebenen
Pflicht beruhen, die Arbeiter gegen Gefahren für Leben
und Gesundheit soweit zu schützen, wie es die Natur des
Betriebs gestattet. Mehrere der in der Verhandlung zur
Sprache gebrachten Unfälle lassen dem Zweifel Raum, ob
auch gegen unsere Eisenbahnbeamten bei gleichen Verletzungen
ihrer Pflichten Anklagen wegen fahrlässiger Körperverletzung
oder Tötungen unterlassen wären. Die Mängel der Vor-
kehrungen zur Wahrung der Betriebssicherheit, das Inden-
windchlagen der von Arbeitern ausgesprochenen Warnungen
und die Sentiments des Vorsitzenden rufen ins Gedächtnis,
daß das fürchtbare Unglück in Courrières
vermieden wäre, wenn nicht die eine Woche
vorher von Arbeitern gemachten Dar-
legungen über die Betriebssicherheit
fruchtlos geblieben wären. Es kann
doch der Werkverwaltung nicht gar noch als Verdienst an-
gerechnet werden, daß die möglichen Folgen der Betriebs-
mängel nicht eingetreten sind. Die in Kottbus ent-
wickelte Mißwirtschaft macht die Forderung
nach Beteiligung der Arbeiter an der
Ueberwachung der Betriebssicherheit zu
einer dringenden. Das umso mehr, als der Prozeß
Klage stellt, daß die Ausübung des Rechts, Beschwerden
vorzubringen, eine Entlassung nach sich ziehen konnte.
Wurden doch selbst von der amtlichen Bergwerksinspektion
Namen von Beschwerdeführern, die sie an sie gewandt
hatten, der Werkverwaltung mitgeteilt! Und welchen Wert
halten die amtlichen Revisionen, wenn kurz vor
deren Vornahme Unfälle begangen wurden und die
Revisionen nicht das gesamte Werk umfassen! Auffallend ist
der Unterschied zwischen der amtlichen Statistik und der
Aussage des Bergrats. So zählt die amtliche Statistik 19
nächtlige Revisionen auf. Der Bergrat Netto erklärt, im
ganzen Jahre keine einzige Nacht- und nur eine
Sonntagsrevision vorgenommen zu haben! In
welche argen Mißstände ferner auf dem Gebiet der Arbeits-
zeit, der Lohnhöhe, der Behandlung der Arbeiter leuchtet der
Prozeß hinein. Gebinde werden einseitig, also unter Ver-
tragsbruch und gegen das Gesetz, herabgesetzt, unzulässige
Strafen zubißiert, der Durchschnittslohn beträgt 18
Mark. Durch Heranziehung fremdländischer Arbeiter wird
die Widerstandsfähigkeit der deutschen Arbeiter herabgesetzt,
die Unfallgefahr erhöht. Ein eigener Knüppel steht
im Zimmer des Inspektors Müller zu Mißhand-
lungen von Arbeitern bereit. Mit ihm werden Arbeiter
blutig und krank geprügelt. Hohe Schimpf-
worte sind so sehr an der Tagesordnung, daß der Gerichts-
vorsitzende seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß derglei-
che als Beleidigungen aufgefaßt werden könnte. Ein kranker
Arbeiter blüht um einen Kuchlein. Die Antwort ist: „Sie
Faulenzen wollen nicht arbeiten“ und ein Schlag
mit dem eigenen Knüppel über den Kopf.
Der Inspektor meinte freilich, der Mann habe sich selbst
hingelegt. Das lebenswichtige Inquirieren des Zeugen
führte dazu, daß dieser die Möglichkeit eines Irrtums zu-
gibt, zumal er an epileptischen Krämpfen leidet. Aber ein
anderer Zeuge hat gesehen, daß der eigene Knüppel
des Inspektors zersplitterte, als der
ranke Arbeiter auf den Kopf geschlagen
wurde. Das Gericht scheint für diesen Fall eine andere
Erklärung zu haben — denn es verurteilte den Angeklagten
Gärtner zu Gefängnis, weil dieser — nach Polizeibelundung
— von dem schlaglustigen, zu Schimpfreden aufgelegten
Herrn gesagt haben soll, der Inspektor schände die Arbeiter
und lauge ihnen das Blut aus! Maßregeln
durch Entlassungen, weil die Arbeiter ihr und ihrer Arbeits-
genossen Recht wahrnehmen, wurden erwiesen, das Warten
schwarzer Listen desgleichen. Freilich rechnet das Ge-
richt die gewohnheitsmäßige Boykottierung
aus bestimmten Gründen entlassener Arbeiter, die
Direktor Lehder zugeben mußte, nicht als zur Insti-
tution von schwarzen Listen gehörig. Kurz, eine Behandlung
von Arbeitern, aus der man sieht, wie geringwertig Leben,
Gesundheit, Ehre und Freiheit der Arbeiter vor denen ge-
schätzt werden, die durch Verwendung ihrer Arbeitskraft
Reichthümer erwerben.

Schlimmer daran als die Pferde. Ein Miß-
handlungsprozeß, dessen Ursachen bereits 6 Jahre zurückliegen,
hat vor dem Kriegsgericht der Kommandantur
in Berlin seinen Abschluß gefunden. Auf der Anklage-
bank saß der ehemalige Sergeant R. von der 5. Eska-

dron des XXII. Dragoneregiments. Vor
einigen Jahren war bei diesem Truppenteil ein Dragoner
fa hnenflüchtig geworden. Er wurde jedoch später
verhaftet und gab als Grund für die Desertion an, er habe
die Mißhandlungen seitens der Vorgesetzten nicht mehr er-
tragen können. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, die
damit endete, daß der Unteroffizier Sch. zu 8 Tagen Arrest
und der Unteroffizier H. zu fünf Monaten Gefäng-
nis wegen Mißhandlung Untergebener verurteilt wurden.
Als dritter Angeklagter hatte sich ein gewisser R., der im
Jahre 1899 als Sergeant bei der Truppe stand, zu verant-
worten. Es wurden ihm mehrere Fälle von Mißhandlungen
der Untergebenen zur Last gelegt. Einmal hatte er einem
Dragoner im Pferdehals eine so heftige Dörse gegeben,
daß der Mißhandelte zu Boden stürzte, bestimungslös
wurde und ihm das Blut aus der Nase floß. Durch eine
Reihe übereinstimmender Zeugenaussagen von Dragonern, die
sich zwischen schon längst wieder im Vollstand befinden,
wurde festgestellt, daß der Angeklagte die Untergebenen nachts
mit dem Knüttel mißhandelt hatte. Zu seiner Entlastung
gab der Angeklagte vor dem Kriegsgericht an, daß er sich
nur durch das fortgesetzte Drängen des Wach-
meisters zu den Mißhandlungen habe hinreißen lassen.
Die Unteroffiziere hätten schließlich nicht mehr aus und ein
gewußt, und sie wären schlimmer davor ge-
wesen, als die Pferde im Stall. Das Kriegs-
gericht erkannte gegen R., der jetzt Invalide ist, auf vier-
zehn Tage gelinden Arrest. — Immerhin noch
sehr milde!

Blutschlag. In einem benachbarten Dorfe von
Chemnitz schlug der Hüh in eine Stuhlfabrik.
Hier Arbeiter wurden verletzt, einer davon
schwer.

Bergmannsloß. Freitagnacht 4 Uhr fand im Hölz 18
der Bege „Minister Achenbach“ eine heftig beschleunigte
Schlagwetterexplosion statt, durch die ein Mann
schwer und zwei leicht verletzt wurden.
Auf der Bege „Bruchstraße“ bei Essen wurden zwei
Arbeiter verwickelt, einer davon ist tot.

Die Katastrophe in Nagold. Nach amtlicher
Meldung beträgt die Zahl der Getöteten 50, die
der Schwerverletzten 40. Mitteilungen über die
Zahl der leichter Verletzten lassen sich nicht erhalten; denn
die gesamte Bevölkerung befindet sich noch in einer Art Er-
starrung.

Schweres Unglück. Aus Wien wird gemeldet: In
der hiesigen Fabrik wasserdichter Stoffe der Firma W. J.
Eisinger explodierte der Dampfessel,
wodurch das Kesselhaus zerstört wurde. Eine
große Anzahl Arbeiter ist unter den Trüm-
mern begraben. Einzelheiten über das Unglück fehlen
noch. Von anderer Seite wird noch gemeldet: Bei der
Kesselplosion in der Inzersdorferstraße kamen zwei
Arbeiter ums Leben, 137 wurden schwer ver-
letzt. 5 Arbeiter sucht man noch unter den
Trümmern.

Der Ausbruch des Vesuv. Der Lavastrom des
Vesuv ist, obwohl seine Schnelligkeit etwas abgenommen hat,
bis auf 300 Meter an die Behausungen von Bosco-
trease herangekommen. Die Bevölkerung hat diesen
Ort verlassen und zieht die Landstraßen entlang, um ihre
Gehilgen weiterzuschaffen. Der Schaden, der an den
Beständen angerichtet ist, ist sehr bedeutend. Der Präfekt
von Neapel ist an Ort und Stelle geeilt. Nach einer neueren
Meldung ist Boscotrease von der Lava ver-
wüstet; weitere Dörfer stehen ebenfalls in großer
Gefahr.

Literarisches.

Der „Süddeutsche Postillon“ legt seine Nr. 8 vor.
Das Titelbild fixiert die „treu aufrehtige“ Freundschaft der
Großmächte. Das Mittelbild beschäftigt sich mit unseren
Leinwand. Das trefflichste ist das Schlussbild mit dem
Kasperletheater, für das „Nichel“ bleichen muß. Dazu gibt
Ernst Klar, der schon durch seine Gedichtsammlung „Knete
und Bombe“ als scharfer Beobachter und Freund der russi-
schen Volksbewegung sich befandete, ein Zeitgedicht „Leutnant
Schmidt“. — Johann Most + (Gedicht). — Eine Kata-
strophe, Gedicht von L. R. — Gebirgen. — O Straßburg
und viele andere Beiträge in Wort und Bild, die dem
Leser Freude und ernste Gedanken, Heiterkeit und feste
Stimmung bringen. Die Nummer ist 8 Seiten stark und
kostet 10 Pf.

ei. Aber er irt sich. Ich habe etwas gehört, das uns noch
über den Berg helfen wird —

„Wappelerpapp!“ unterbrach ihn Gerard. „Es gab eine
Zeit, wo ich dachte, wenn ich das Land zurück erhalte,
hätte das Volk wenigstens einen Freund. Diese Zeit ist
aber vorüber. Ich war ein Träumer und träumte so
manchen Traum, wenn ich die Leute bei der Arbeit beauf-
sichtigte. Wie alle haben unsere Träume. Ich würde gern
meine Ansprüche aufgeben, wenn ich verständig sein könnte,
daß die Durschen von Barcasshire aus der jähigen Pauerei
mit heißer Haut herauskämen.“

„Es ist das eine ernstere Geschichte, als irgend etwas,
das wir bis jetzt in England erlebt haben. Die Regierung
ist sehr beunruhigt. Man spricht davon, daß die Garben
nach dem Norden geschickt und Truppen von Irland her-
über geholt werden sollen.“

„Ameis Irland“, meinte Gerard. „Ich denke, die
Paddies (Irlander) können uns jetzt eine hilfreiche Hand
bieten und die Truppen beschäftigen.“

„Nein, mein Vater, sage doch nicht das!“

„Sibil will nicht, daß ich an solche Dinge denke, Freund
Gatton“, bemerkte Gerard lächelnd. „Nun, ich denke, es
geht mich nichts an, und ich hätte besser die Hände fernge-
halten; wenigstens habe ich es 1839 nicht zum besten ge-
macht; freilich, es war auch London, das mich damals in
die Patsche brachte. Ich kann mir aber nicht helfen, ich
denke, wenn ich mich hier auf unserem Moore ein bisschen
herumtummelte, — mit einigen tüchtigen Durschen, dann
wänt es anders gehen; und das muß ich aussprechen, ja,
ich muß es aussprechen, Sibil.“

„Aber hier ist alles sehr ruhig, hoffe ich“, sagte Gatton.
„Ach ja“, erwiderte Gerard. „Ich glaube, in Nowbray
ist unser Mut ziemlich gebrochen. Niedrige Löhne und gerade
gering Arbeit, um das vollständige Fekern zu verhindern.“

das sind Zustände, die das Volk in gedrückter Stimmung
erhalten. Aber warten wir noch etwas! Wenn die Löhne
den Hungerpunkt erreicht haben, dann wird es schon anders
werden.“

„Ich erinere mich, unser Freund Morley entwarf mir
1839, als wir von London zurückkamen, ein sehr gutes Bild
von der Stimmung der Leute hier“, sagte Gatton. „Ich
hoffe, es ist noch immer so. Damals fürchtete er keinen
Ausbruch, und die Not war groß im Jahre 1839.“

„Nun“, meinte Gerard, „die Löhne sind seitdem noch
fortwährend gesunken. Das Volk vegetiert, man kann kaum
sagen, es lebt; es ist eingeschüchtert, glaube ich. Ein leerer
Magen ist manchmal ebenso geeignet, das Herz nieder-
zudrücken, als den Mut zu entflammen. Und dann hat das
Volk seine Führer verloren, denn ich war fort und habe
mich ruhig verhalten, seitdem ich wieder draußen bin; und
Baxter ist gebrochen, er hat durch die Gefangenenschaft mehr
gelitten, als ich, was sehr sonderbar ist, denn er hatte eine
Beschäftigung, und ich hatte keine; ich war ruh- und rastlos,
wie ein eingesperrter Waldvogel; und die Wahrheit ist, ohne
Sibils tägliche Besuche wäre ich gewiß, nachdem es mir
nicht erlaubt war, in einem Schloß zu leben, wenigstens in
einem Schloß gestorben.“

„Und wie geht es Morley?“

„Ganz gut; er ist derselbe noch wie damals, als Sie
ihn zuletzt sahen. Ich entbede nicht die leiseste Veränderung
an ihm. Seine Haltung breitet sich immer mehr aus. Er
predigt noch immer die moralische Gewalt und glaubt, daß
wir Alle schließlich in Gemeinschaft leben werden. Da aber
die einzige Gemeinschaft, welche ich bis jetzt kennen gelernt
habe, das Gefängnis ist, so bin ich dieser Lehre jetzt nicht
mehr zugetan, als früher.“

Viertes Kapitel.

Der Leser hat vielleicht Herrn Nyon und seine Genossen

nicht vergessen — die Berg- und Kohlenarbeiter jenes
Distrikts in der Nähe von Nowbray, welchen Morley im
Anfange dieser Geschichte besucht hatte, um vergebliche Nach-
forschungen nach einem Herrn anzustellen, mit dem er später
ganz unversehens zusammentraf. Das Geschäft ging in dieser
Gegend ebenso schlecht wie in Nowbray selbst, und die Not
lastete schwer auf einer Bevölkerung, die nicht so aus Glad
gewöhnt, und deren Mut nicht durch das unglückliche Schick-
sal ihrer Führer gebrochen war.

„Es kann so nicht fortgehen“, sagte Meister Nyon, in
der „Aufgehenden Sonne“, die Weiße aus dem Mund
nehmend.

Ein allgemeines murrendes „Nein!“ antwortete ihm.
„Die Sache liegt so: die Natur hat ihre unwandel-
baren Gesetze, und ein solches Naturgesetz lautet: ein ordent-
licher Tagelohn für eine ordentliche Tagesarbeit“, fuhr
Meister Nyon fort.

„Ich wollte, wir hätten dieses Naturgesetz“, sagte
Zuppins, „aber fortgehen kann's nicht so — jede Woche
einen schlechteren Lohn, und die Schraube immer tiefer ge-
schraubt.“

„Und was soll morgen werden?“ fragte Waghorn.
„Der Suthy hat für Parlersfelds-Grube die Arbeit gekündigt.
Simmons arbeitet halbe Zeit.“

„Die Durschen werden halb ans Spiel (in den Streik)
gehen“, meinte der Kohlengräber.

„N!“ sagte Meister Nyon mit einem tabelnden Blick.
„Spiel ist ein sehr ernsthaftes Wort. Die Durschen werden
nicht ans Spiel gehen, wie sie das früher taten, ohne daß
sie uns alle um unsere Zustimmung fragen. Wir müssen
einen Ausschuss ernennen, der die Frage zu prüfen und sich
mit den übrigen Gewerkschaften ins Benehmen zu setzen hat.“

(Fortsetzung folgt.)